

Hiroshima mahnt: Friede statt Atomwaffen

Statt atomarem Nachrüsten...
...Atomwaffen abziehen



Vor 74 Jahren löschten US-Atombomben am 06. August 1965 in Hiroshima und drei Tage später in Nagasaki innerhalb weniger Minuten das Leben von über 100.000 Menschen aus. Zirka 130.000 weitere Menschen starben in den folgenden Monaten. Die andauernden Proteste gegen Atomwaffen in Erinnerung an Hiroshima haben seither dazu beigetragen, einen weiteren Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. Protest wirkt, diese Hemmschwelle muss weiter wirksam bleiben!

- Nie wieder Hiroshima
- Sofortige Unterzeichnung der ICAN-Erklärung zum völkerrechtlich verbindlichen Verbot von Atomwaffen durch die Bundesregierung
- Friede statt NATO
- Pflege statt Panzer
- Bildung rauf, Rüstung runter
- Schluss mit Profiten auf dem Rücken von Toten

Für eine neue Entspannungspolitik!

Die NATO-Staaten setzen darauf ihre Nuklearwaffen zu modernisieren um ihren weltweiten Machtanspruch, d.h. Zugänge zu Rohstoffen und Märkten, gegen aufstrebende Länder wie China und Russland militärisch aufrechtzuerhalten. „Was wir sehen, ist, dass Atomwaffen bei nationalen Sicherheits- und Militärstrategien wieder wichtiger werden,“ sagt Shannon Kile, der Atomwaffenexperte des Internationalen Friedensinstituts SIPRI. So betreibt die US-Regierung nicht erst seit Donald Trump eine umfassende Modernisierungsstrategie, sowohl für die „Waffen als solche als auch für Bomber, U-Boote, Marschflugkörper und die Produktionskapazitäten“. Und sie hat im Januar 2019 den 1987 mit Russland geschlossenen INF-Vertrag und vor einem Jahr das 2015 mit dem Iran geschlossene Atomabkommen einseitig gekündigt. Die Kündigungen heizen ein neues atomares Wettrüsten an, die Drohungen gegen den Iran verschärfen diese Gefahr.

Betroffen von dieser Modernisierungskampagne der US-Regierung sind auch die Atomwaffen, die im rheinland-pfälzischem Büchel für Einsätze bereitliegen. Dort lagern in unterirdischen Bunkern ungefähr 20 Atombomben vom Typ B-61, jede mit einer Sprengkraft von 50 Kilotonnen und bereit, jederzeit unter ein Flugzeug gen Russland oder sonst wohin geschickt zu werden. Und „modernisiert“ heißt in diesem Fall: durch neue Bomben mit noch höherer Zerstörungskraft ersetzen. Die DKP fordert den umgehenden Abzug dieser Atomwaffen als ersten Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa. Notwendig dafür ist die Kündigung des Stationierungsabkommens zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung. Wir fordern den Verzicht auf die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands und wir fordern die Bundesregierung auf, sofort die ICAN-Erklärung zum völkerrechtlich verbindlichen Verbot von Atomwaffen von 2014 zu unterzeichnen, so wie dies bereits 127 Länder getan haben.

Weltweit gibt es schätzungsweise immer noch 15.000 Atomwaffen. 1.800 davon in höchster Alarmbereitschaft. Sie könnten binnen weniger Minuten zum Einsatz kommen und eine globale Katastrophe auslösen. Wir wissen heute, dass die Welt seit dem Ersteinsatz von Atomwaffen vor 74 Jahren durch die USA mehrmals nur knapp einem nuklearen Inferno entkommen ist. Die US-geführte NATO ist dabei der Hauptaggressor in der Welt, BRD und die EU reihen sich ein. Es geht um die Profite großer Konzerne und geostrategische Interessen. Frieden kann dauerhaft nur erhalten werden, wenn mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem gebrochen wird und imperialistischen Herrschaftsinteressen eine Absage erteilt wird.

Die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer unterstrich in ihrer Antrittsrede, dass die Bundesregierung unbeirrt am 2-%-Ziel der NATO festhält. Konkret sollen sich die Ausgaben für Rüstung und Militär auf 85 Milliarden Euro verdoppeln. „Es geht um Aufrüstung, um Extraprofite für die Rüstungsindustrie und um die Mobilmachung der Bundeswehr für Einsätze weltweit im Interesse der deutschen Banken und Konzerne. Es geht um Aggression gegen Russland.“, sagt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. Gleichzeitig wird an der Strategie der nuklearen Teilhabe festgehalten und über eigene deutsche, oder doch zumindest EU-europäische Atombomben nachgedacht.



Das für die Kriegsführung verplante Geld fehlt an anderer Stelle: Mindestens 200.000 Fachkräfte fehlen in Krankenhäusern, 20.000 Lehrkräfte an Schulen und zehntausende in Kitas und im Bereich der Sozialen Arbeit. Millionen Sozialwohnungen fehlen um der Mietenexplosion entgegen zu wirken.